

Von Recht und Moral

Tag der Rechtspolitik 2019 zu Hate Speech, Impfpflicht und der Rolle des Gesetzgebers

Soll das Recht das schwindende Wertegerüst unserer Gesellschaft ersetzen? Oder beschränkt sich der Gesetzgeber auch in Zeiten von Hasskommentaren und Gewaltandrohungen im Netz besser darauf, einen Rahmen für unser freiheitliches Zusammenleben zu setzen? Der diesjährige Tag der Rechtspolitik trug den Titel: „Das Recht zwischen moralischer Aufrüstung und Regelbruch“.

Die eigenen Kinder gegen Masern impfen zu lassen, damit andere nicht erkranken, ist ein moralisches Gebot. Seine Organe im Todesfall Kranken zur Verfügung zu stellen, hat ebenfalls mit Gemeinwohlorientierung zu tun. Dasselbe gilt fürs gewissenhafte Entrichten der Steuerschuld. Und natürlich ist es sozial schädlich und unerwünscht, andere mit Hass und Drohungen zu überziehen – in welchem Rahmen auch immer.

Doch inwiefern ist nicht gemeinwohlorientiertes Verhalten ein Fall für den Gesetzgeber? Astrid Wallrabenstein, Professorin für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Sozialrecht, beleuchtete die Debatte um Organspende-Nudge und Masernimpfpflicht. Ist das sogenannte „Nudging“ ein guter Kompromiss? Der Staat setzt Impulse, um erwünschtes Verhalten hervorzurufen. Aber ist dieser „libertäre Paternalismus“ – wie Dekan Prof. Klaus Günter

anmerkte – mit der Demokratie zu vereinbaren? Über „Moral und Grenzverhalten im Steuerrecht“ sprach Philipp Lamprecht, Professor für Steuerrecht und Zivilrecht. Verhalten werde vor allem durch die Orientierung an anderen beeinflusst – was den Sinn des Strafens und Nudgens relativiert. Und Dr. Benjamin Krause von der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt widmete sich dem Thema Hate Speech und seiner strafrechtlichen Relevanz.

Das Strafrecht sei das schärfste Mittel sozialer Kontrolle, aber schon die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens könne für den Betroffenen dramatische Folgen haben, betonte die Strafrechtlerin und Rechtsphilosophin Prof. Beatrice Brunhöber in der abschließenden Podiumsdiskussion. Sie beobachte eine Remoralisierung des Rechts, plädierte aber dafür, andere Wege zu suchen. Dr. Wilhelm Wolf, Präsident des Landgerichts Frankfurt am Main, hält das Nudging für einen interessanten Ansatz. **Anke Sauter**